

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 22. November 2016

Erziehungsdirektion

**17 2016.RRGR.799 Kreditgeschäft GR
«Bauinventar 2020», Reduktion des Bauinventars 2016–2020. Ausgabenbewilligung;
Objektkredit; Verpflichtungskredit 2016–2020**

Beilage Nr. 17, RRB 968/2016

Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie zum zweiten Sessionstag. Weil ich weiss, dass es am Anfang immer dauert, bis alle sitzen, erzähle ich eine Bärengeschichte. Damit haben Sie noch etwas Zeit.

Wann haben Sie zum letzten Mal den Bärenpark besucht, unten an der schönen, grünen Aare? Sollte dies längere Zeit zurückliegen, hier ein kleines Update. Im Berner Bärenpark hat der Winter definitiv Einzug gehalten. Die Bären Björk, Ursina und Finn haben sich in ihre Winterhöhle zurückgezogen und sind selten draussen anzutreffen. Bis sie wieder zum beliebten Fotosujet werden, dauert es eine Weile – wahrscheinlich bis zur Frühjahrssession. Wer dennoch interessiert ist und erfahren möchte, was diese Bären machen, kann die Homepage des Bärenparks mit der Live-Cam besuchen. Wahrscheinlich wird diese nicht Action oder Spannung zeigen. Dennoch dürfte es interessant sein zu sehen, was diese drei Tiere im Winter machen.

Ich begrüsse den Vizepräsidenten des Regierungsrats Bernhard Pulver und wünsche ihm gutes Gelingen bei seinen Geschäften. Wir sind bei den Geschäften der ERZ angelangt und beginnen mit Traktandum 17. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* – Jetzt beginnen wir wirklich mit den Geschäften. Wie Sie wissen, ist die Herausforderung für den ersten Sprecher am Morgen jeweils am grössten. Ich bitte den Kommissionssprecher der BiK, Grossrat Krähenbühl, das Geschäft vorzustellen.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Kommissionssprecher der BiK. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Es ist durchaus ein interessantes Bild, Ihrem Treiben zuzusehen und zu beobachten, wie Sie sich hinsetzen und dem Nachbarn Hallo sagen. Das ist beinahe wie in der Schule! Wir sind aber nicht in der Schule, sondern bei der Kultur. Die BiK beantragt Ihnen, einen Verpflichtungskredit von 2 970 000 Franken für die Reduktion des Bauinventars der Denkmalpflege zu bewilligen. Diesen Kredit braucht es, um das kantonale Bauinventar von aktuell rund 39 000 Gebäuden zu reduzieren. Diese 39 000 Gebäude machen knapp 10 Prozent des gesamten Gebäudebestands des Kantons aus. Es kommt darauf an, welche Basis man dafür nimmt, jene der Gebäudeversicherung Bern (GVB) oder die andere. Wie heisst diese nun schon wieder? – Egal. Dies bedeutet, dass die Gebäude entweder sogenannten schützenswert oder erhaltenswert sind. Schützenswert ist die strengere Kategorie, erhaltenswert die etwas weniger strenge. Daneben gibt es Gebäude, welche sich im Rahmen eines Vertrags mit dem Kanton in einer Gruppe befinden. Diesbezüglich besteht wiederum die Unterteilung in erhaltenswerte und schützenswerte Gebäude. Der Entscheid war in der BiK unumstritten; der Kredit wurde mit 17 zu 0 Stimmen durchgewinkt. In den letzten Jahren war dies bei diesem Thema nicht immer so. Deshalb rufe ich kurz den Hergang in Erinnerung. Im Januar 2015 nahm der Grosse Rat die Kulturpflegestrategie zur Kenntnis, bei welcher es unter anderem um die Denkmalpflege ging, und überwies insgesamt 19 Planungserklärungen. Der Grosse Rat bekundete damals unter anderem die Absicht, dass sich insgesamt nicht mehr als 6 Prozent oder maximal 24 000 Gebäude im Bauinventar befinden dürfen. Im Rahmen der Revision des Baugesetzes (BauG) konkretisierte der Grosse Rat diese Reduktion. Mit Artikel 10d Absatz 2a wurde folgender neue Passus eingefügt: «Der Bestand der schützenswerten und der erhaltenswerten Baudenkmäler im Bauinventar darf sieben Prozent des Gesamtgebäudebestandes des Kantons nicht überschrei-

ten.» Dies bedeutet also, dass das Bauinventar von aktuell beinahe 10 auf maximal 7 Prozent gekürzt werden muss oder in Zahlen ausgedrückt von 39 000 auf etwa 27 000 Gebäude. Zur Umsetzung dieser Kürzung hat der Regierungsrat ein Projekt lanciert. Damit will man Baugruppe für Baugruppe pro Gebiet durchgehen und dementsprechend Gebäude aus dem Inventar entfernen. Dieses Projekt soll fünf Jahre dauern. Konkret ist vor allem vorgesehen, dass die Denkmalpflege während dieser fünf Jahre sämtliche erhaltenswerten Gebäude wie auch die Baugruppen anschaut. Die 4 Prozent an schützenswerten Gebäuden – darunter fallen vor allem unsere schönen, alten Schlösser oder das Rathaus – werden erst später angeschaut. Ehrlicherweise muss man sagen, dass der Spielraum kleiner ist, was auch die BiK immer so gesehen hat. Zur Umsetzung dieser Kürzung des Inventars benötigt die ERZ den Kredit von 2 970 000 Franken. Die ERZ sieht an und für sich vor, den finanziellen Spielraum des ordentlichen Budgets der Denkmalpflege zu nutzen. Die Inventarisierung hat also absolut keine Budgeterhöhung zur Folge. Die Denkmalpflege will dies erreichen, indem sie andere Projekte zurückstellt und so den Spielraum schafft. Dass es trotz der Budgetneutralität eines Kredits bedarf, liegt an den finanzhaushaltrechtlichen Vorschriften, weil es sich um ein mehrjähriges Projekt von einem gewissen Umfang handelt.

Mit der Reduktion des Inventars um geschützte und erhaltenswerte Bauten sind nach wie vor rund 27 000 Gebäude enthalten, welche bei allfälligen Bauprojekten von den Einschränkungen betroffen sind. Dort werden in Zukunft sicher die verschiedenen Akteure gefordert sein. Dies ging auch immer wieder aus unseren Debatten in der BiK hervor: Umbauten sollen sowohl sach- als auch menschengerecht ermöglicht werden. Also sind bei den erhaltenswerten Objekten der Heimatschutz und bei den schützenswerten und allen kantonalen Objekten (K-Objekten) die Denkmalpflege gefordert, aber gleichermassen die örtlichen Baubehörden. Letztere nehmen ihre Verantwortung vielfach auch nicht richtig wahr. Der Kommission ist es deshalb wichtig, dass die verschiedenen Akteure transparent informieren, offen kommunizieren und ihre verschiedenen Rollen auch respektieren. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen nochmals die Annahme des vorliegenden Kredits von netto 2 970 000 Franken.

Präsident. Vielen Dank. Dieses Geschäft unterliegt dem fakultativen Finanzreferendum, weshalb wir eine freie Debatte führen. Die Fraktionen haben die Möglichkeit, sich zu äussern. Für die grüne Fraktion hat Grossrat Vanoni das Wort.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Wer A gesagt hat, muss nun auch B sagen. Frühere Entscheide des Grossen Rats – wir haben es gehört – verlangten, dass die Anzahl der schützenswerten und erhaltenswerten Objekte im Bauinventar reduziert wird. Die letzte Forderung wollte eine Reduktion auf 7 Prozent des Baubestands. Für die entsprechenden Arbeiten braucht es die notwendigen Mittel: zeitlich befristet angestelltes Personal. Wir haben ebenfalls gehört, dass es keine Mehrkosten gegenüber dem Budget und dem Finanzplan geben wird. Die Kosten werden aus dem Budget der Denkmalpflege finanziert durch Umlagerung von Kosten, organisatorische Massnahmen und Zurückstellen anderer Vorhaben. Ob das Letztere, das Zurückstellen anderer Aufgaben, auf lange Sicht gut ist, wird sich noch weisen. Es ist wichtig, dass die Arbeiten mit der nötigen Sorgfalt vonstattengehen können, mit engem Einbezug der Gemeinden. Am Schluss geht es auch im Hinblick auf das notwendige Auflageverfahren darum, durch sorgfältige Arbeiten Einsparungen zu vermeiden und damit auch Folgekosten zu sparen. Deshalb ist die BiK einstimmig für die Freigabe der benötigten 3 Mio. Franken. Nochmals: Wegen uns Grünen wäre dies nicht nötig gewesen. Jetzt stehen jene in der Pflicht, welche diese massive Reduktion des Bauinventars verlangt haben. Sie haben den Mehraufwand gewissermassen bestellt.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Der Grosse Rat hat in der Junisession die Reduktion der erhaltenswerten und ebenso der schützenswerten Gebäude beschlossen und dafür ein Zeitfenster von fünf Jahren festgelegt. Die BDP ist deshalb besonders erfreut, dass die Regierung diesen Auftrag wirklich ernst nimmt, diesen fristgerecht erfüllen und nicht auf die lange Bank schieben will, wie dies in anderen Geschäften schon geschehen ist. In der Konsequenz sind wir natürlich bereit, die nötigen Mittel dafür zu bewilligen.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Eigentlich schliesse ich mich den Worten meiner Vorredner an. Der Grosse Rat hat im Rahmen der Revision des BauG in Anlehnung an die Planungs-erklärungen beschlossen, die Inventarobjekte zu reduzieren. Innerhalb von fünf Jahren sollen circa 11 000 Objekte aus dem Inventar entlassen werden. Beim vorliegenden Kreditgeschäft geht es um

die Ausführung dieser Vorgaben. Damit diese umgesetzt werden können, bedarf es Ressourcen beziehungsweise Personal, was halt – wie wir gehört haben – knapp 3 Mio. Franken kostet. Nachdem der Grosse Rat ja zur Reduktion um diese Objekte gesagt hat, muss er nun auch den Kredit bejahen. Für mich ist es allerdings etwas störend, dass ein Teil dieser Gelder bereits ausgegeben wurde. Trotzdem stimmt die FDP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Präsident. Es liegen keine Anmeldungen von Fraktionssprechenden mehr vor. Wünschen Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher das Wort? – Das ist nicht der Fall. Herr Regierungsrat Pulver wünscht das Wort ebenfalls nicht. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Kreditgeschäft zustimmt, stimmt ja, wer dies nicht will, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 136

Nein 1

Enthalten 3

Präsident. Sie haben diesem Kredit zugestimmt.